Friedrich Schmidt

Kommunalwahlen in Georgien gehen vielerorts in zweite Runde

Місцеві вибори в Грузії в багатьох місцях переходять у другий тур На місцевих виборах у Грузії, згідно з опублікованими результатами, правляча партія «Грузинська мрія» значно випередила опозиційну силу - Об'єднаний національний рух колишнього президента М. Саакашвілі. Саакашвілі повернувся на батьківщину та був заарештований у штаб-квартирі партії у Тбілісі. Розпочато нову кримінальну справу за несанкціонований в'їзд. Саакашвілі відмовився від громадянства Грузії, з 2015 р. є громадянином України і очолює Національну раду реформ у Києві. У Києві посла Грузії викликали до МЗС. Президент України В. Зеленський попросив пояснити арешт. https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/saakaschwili-im-hungerstreik-kommunalwahlen-in-ge orgien-17567241.html

In Georgien gehen Kommunalwahlen, die am Samstag abgehalten wurden, vielerorts mit Stichentscheiden um Bürgermeisterämter in eine zweite Runde – und auch für die politische Krise im südkaukasischen Land ist kein Ende in Sicht. Zwar lag die Regierungspartei Georgischer Traum laut am Sonntagmorgen veröffentlichten Ergebnissen deutlich vor der wichtigsten Oppositionskraft, der Vereinten Nationalen Bewegung (UNM) um den früheren Präsidenten Micheil Saakaschwili; sie bekam demnach insgesamt knapp 49 Prozent gegenüber gut 31 Prozent. Doch deutete sich in etlichen Städten eine Stichwahl um das Bürgermeisteramt an, auch in der Hauptstadt Tiflis, wo rund ein Drittel der Bewohner des Landes lebt. Dort hatte die UNM ihren Vorsitzenden, Nika Melia, als Kandidaten aufgeboten.

An Melias Festnahme wegen einer Weigerung, eine in Ermittlungen um Aufrufe zu gewaltsamen Protesten verhängte Kaution zu leisten, hatte sich im vergangenen Frühjahr eine neue Runde der Dauerkrise entzündet. In einem ungewöhnlichen Schritt hatte schließlich die EU Kaution gestellt, Melia war aus Untersuchungshaft freigekommen. Teil des Abkommens war, dass der Georgische Traum, sollte die Partei bei den Kommunalwahlen unter 43 Prozent kommen, Neuwahlen zum Parlament ausrufen sollte. Denn die meisten Oppositionsparteien sehen die Parlamentswahlen vor bald einem Jahr als illegitim an, was die Regierungspartei zurückweist. Nach dem von der EU vermittelten Abkommen beendete einige Parteien eine Blockade und nahmen ihre Mandate im Parlament wahr. Der Georgische Traum hatte sich aber im vergangenen Juli von dem Kompromiss zu möglichen Neuwahlen distanziert.

Saakaschwili soll sich im Hungerstreik befinden

Aus Brüssel wie aus Washington, in deren Bündnisse das mit Russland verfeindete Georgien strebt, kamen angesichts der Spannungen immer wieder besorgte Erklärungen, auch mit Blick auf die jüngste Entwicklung: Am vergangenen Freitag war Saakaschwili, Georgiens Präsident von 2004 bis 2013, aus der Ukraine in sein Heimatland zurückgekehrt. Nach Verwirrung über seinen Aufenthaltsort – die Regierungspartei behauptete, er sei noch in der Ukraine, die UNM verortete ihn schon in Georgien – wurde Saakaschwili noch am Abend desselben Tages am Sitz der UNM in Tiflis festgenommen.

Fernsehbilder zeigten, wie Polizisten den lächelnden, mit Handschellen gefesselten Rückkehrer in eine Haftanstalt brachten. In einem Gefängnis in der Stadt Rustawi soll er nun in einen Hungerstreik getreten sein. Saakaschwili hatte in Videobotschaften am Freitagmorgen und kurz vor seiner Festnahme zur Wahl der UNM aufgerufen und geäußert, er habe "mein Leben und meine Freiheit riskiert, um zurück zu sein", er werde "bis zum Ende kämpfen". Saakaschwili hatte Georgien nach Ende seiner Präsidentschaft verlassen, gegen ihn sind in Abwesenheit zwei Haftstrafen verhängt worden, was er als politische Verfolgung zurückweist. Nun wurde ein neues Strafverfahren wegen unerlaubter Einreise

angestrengt. Saakaschwili hat seine georgische Staatsangehörigkeit aufgegeben, ist seit 2015 ukrainischer Staatsbürger und leitet in Kiew den Nationalen Reformrat. In Kiew wurde der georgische Botschafter ins Außenministerium einbestellt. Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte eine Erklärung für die Festnahme. Georgiens Präsidentin Salome Surabischwili hat ausgeschlossen, Saakaschwili zu begnadigen.